

Lehrstunde, Sternstunde

Der Bundesrat steckt nach dem vollzogenen Brexit den Kopf in den Sand. Dabei bietet sich eine einmalige Chance, das Verhältnis der Schweiz zur EU neu auszurichten.

Nachdem Boris Johnson an seinem Amtssitz an der Downing Street 10 in London mit einem schwarzen Parker Fountain Pen seine Unterschrift unter den 1246 Seiten starken Handelspakt mit der Europäischen Union gesetzt hatte, fasste der konservative Premierminister die Auswirkungen des Abkommens wie folgt zusammen: «Das Schicksal unseres grossartigen Landes liegt jetzt fest in unseren Händen.»

Auf die Schweiz umgemünzt, bedeutet das: Die Eidgenossenschaft zählt mit dem Vereinigten Königreich einen neuen, gewichtigen Partner an ihrer Seite. Die fünftgrösste Wirtschaftsmacht besiegelte nach 47 Jahren Mittun offiziell ihren Austritt aus der Europäischen Union. Ein befreundeter Staat, der künftig auf gleichberechtigten Wirtschaftshandel mit dem EU-Block setzt, statt weiter Stück für Stück seine Souveränität abzugeben.

«Beschämendes Schurkenstück»

Wer nun erwartete, dass die Verantwortlichen hierzulande wegen des neuen Verbündeten in Jubelstürme ausbrechen oder den Briten für ihren Verhandlungserfolg wenigstens Respekt zollen, sieht sich getäuscht. Seit der Ankündigung des Deals kurz vor Heiligabend ist aus Bundesbern wenig zu vernehmen. Die Landesregierung liess sich bisher offiziell nicht zum epochalen Ereignis verlauten. Auf den Vertrag in einem *Sonntagszeitung*-Interview angesprochen, meinte SVP-Wirtschaftsminister Guy Parmelin nichtssagend, man «analysiere die ganze Situation».

Dafür erklären die immer gleichen Experten auf allen Kanälen landauf, landab, wie wenig das Vereinigte Königreich erreicht habe, wie dünn der Kontrakt in Wahrheit sei. «Der Brexit sei ein beschämendes Schurkenstück», wütet der *Spiegel*. Die *Zeit* schwadroniert von einer «irrwitzigen Wichtigtuerei» (gemeint ist Grossbritannien), und die *NZZ am Sonntag* solidarisiert sich neu mit britischen Fischern, die sich «betrogen fühlen».

Bei diesen Reaktionen spielen vielleicht etwas Ratlosigkeit und gar peinliche Berührtheit eine



«Das Abkommen der Briten muss unser Massstab sein.»

Rolle. Verständlich wäre es. Der in den Medien und von Brexit-Gegnern abwechslungsweise als «Clown», «Scharlatan» oder gar «Lügner» verunglimpfte Boris Johnson brachte entgegen allen Voraussagen das Kunststück fertig, der EU einen Vertrag abzurufen, der das historische Referendum vom 23. Juni 2016 über die Mitgliedschaft umsetzt.

Kontrolle über Gesetze, Grenze, Handel

Den Anhängern des Austritts auf der Insel ging es lange wie Schweizer Politikern und Sachverständigen, die den Staatenbund und speziell das geplante institutionelle Abkommen (InstA) mit der EU kritisieren. Die verbliebenen 27 Staaten könnten den Briten alles diktieren, das einstige Kolonialreich sei ein reiner Bittsteller, hiess es in einer Endlosschleife.

Fakt ist: Die Briten haben seit dem 1. Januar 2021 wieder ihre Kontrolle über ihre Gesetze, Grenzen und ihren Handel. Unterstützungsbeiträge müssen sie keine mehr entrichten. Trotzdem verkaufen sie zollfrei Waren auf den Kontinent. Anders die Schweiz: Sie spült seit 2007 mit dem Kohäsionsbeitrag Hunderte Millionen von Franken an Beiträgen in die Kassen von diversen EU-Ländern, um die Erlaubnis für den Zugang zum Binnenmarkt zu erkaufen und schrankenlos Handel betreiben zu können.

Auch die Unterstellung unter den Europäischen Gerichtshof (EuGH) schafften die britischen Unterhändler aus der Welt, obwohl genau das die EU lange verlangte. Stimmt die Schweiz dagegen dem InstA zu, wird dieses Tribunal die letzte Instanz bei Streitigkeiten über die Auslegung von Binnenmarktrecht zwischen Brüssel

und Bern. Anhänger des Rahmenabkommens erklären das mit dem «privilegierten Zugang zum Binnenmarkt», der unvergleichlich besser sei als jener, den die Briten ausgehandelt hätten.

Tatsächlich bezahlt die Insel für ihr «No» zum EuGH einen Preis: zusätzliche Formulare und Papierkram bei den Ein- und Ausfuhren. Austrittsgegner mögen das nun zum neuen grossen Hindernis und Mega-Nachteil für Post-Brexit-Grossbritannien heraufbeschwören. Ob nun diese Prognose, nach der endlosen Serie von Fehleinschätzungen der Brexit-Gegner, eintreffen wird? Immerhin meldete die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* am Wochenende kleinlaut, der «Grenzverkehr rolle problemlos». *Let's wait and see!* Auch nach Beginn der ersten Arbeitswoche bleibt das prognostizierte Chaos trotz der Zollkontrollen am Ärmelkanal aus.

Schlussstrich für Erasmus

Die Bewerbung des InstA wird auf jeden Fall nicht einfacher. Die Befürworter müssen der kritischen Öffentlichkeit genau erklären, welche Nachteile Grossbritannien im Handelsverhältnis im Vergleich zur Schweiz hat und ob diese Unterschiede den Souveränitätsverlust durch den EuGH rechtfertigen. Einen Vorgeschmack auf den Abstimmungskampf gibt SVP-Präsident Marco Chiesa: «Bundesrat Ignazio Cassis muss nun schleunigst den Reset-Knopf finden, den er am Anfang seiner Amtszeit drücken wollte. Deshalb wurde er ja gewählt.» Weitere Verhandlungen mit der EU müssten nach dem britischen Modell erfolgen: Freihandel und freundschaftliche Zusammenarbeit statt EU-Recht und EU-Richter. «Das Abkommen der Briten muss jetzt unser Masstab sein», so der Tessiner Ständerat.

Einen Schlussstrich ziehen wollen die Briten auch beim Bildungsprogramm Erasmus plus. Chiesa will nachziehen: «Die bereits etablierte Schweizer Lösung mit Movetia ist erfolgreich und kostet einen Drittel des geplanten EU-Programms.»

Aus helvetischer Optik kommt ein weiteres zentrales Moment hinzu: Die Insulaner können die Zuwanderung wieder selber steuern. Die Personenfreizügigkeit, die in Grossbritannien wie in der Schweiz für epische Diskussionen sorgte, ist passé. Etwas, das die Schweizerinnen und Schweizer in einer Abstimmung eigentlich auch wollten und das seit 2014 in der Verfassung in Artikel 121a verbrieft ist. Im Gegensatz zum oft exzentrisch wirkenden Politiker mit der Wuschelfrisur lieferte die Schweizer Politiker-Kaste aber nicht ab. Sie verweigern bis heute, das Verdikt des Souveräns von 2014 umzusetzen.

Für die Schweiz bietet das Abkommen Anschauungsunterricht aus nächster Nähe. Es ist ein strategisches Meisterstück. «Get Brexit done!» Mit diesem überdeutlichen Wahlslogan gewann Boris Johnson im Dezember 2019 haushoch die Wahlen. Als Boris Johnson der EU zu-

dem klarmachte, dass er lieber kein Abkommen abschliesst als ein schlechtes, war der französische Unterhändler Michel Barnier bereit, Kompromisse einzugehen. Für die Zukunft bedeutet das, dass Brüssel wichtigen Handelspartnern – die Schweiz rangiert hinter den USA, China und neu Grossbritannien auf dem vierten Platz – offenbar zubilligt, dass ein Land abseitsstehen,

FDP-Chefin Petra Gössi bringt die derzeitige defätistische Stimmung im Bundeshaus auf den Punkt.

aber zollfreien Handel betreiben kann, wenn sie bereit sind, die jeweiligen Marktregeln gegenseitig einzuhalten.

«Zuerst den Deal analysieren»

Als sich Ignazio Cassis 2017 für den Job als Bundesrat bewarb, versprach der FDP-Aussenminister beim Rahmenabkommen einen Neustart. Einen besseren Zeitpunkt, das Verhältnis mit der EU frisch zu überdenken und zu justieren, gibt es nicht. Andere Lösungen als das vorliegende InstA sind möglich, wenn der politische Wille dazu vorhanden ist, die laufenden Verhandlungen zu stoppen und das Time-out für eine Lagebeurteilung zu nutzen.

Dass die heimischen Staatenlenker und Diplomaten jetzt einen Gang hinaufschalten, um aus dem Weihnachtsgeschenk von der Insel politisches Kapital zu schlagen, ist im Moment aber nicht zu erwarten. FDP-Chefin Petra Gössi bringt die derzeitige defätistische Stimmung im Bundeshaus auf den Punkt: Das Aussendepartement (EDA) müsse zuerst «den Deal und die Verhandlungstaktik der Briten analysieren», erklärte die Schwyzer Nationalrätin dem *Tages-*

Anzeiger. Die EU-Beitritts-Befürworter Eric Nussbaumer und Fabian Molina gaben in einem Communiqué am Berchtoldstag die Marschrichtung der SP vor. Das Abkommen werde nicht helfen, «die Beziehungen Schweiz - EU zu verbessern», so die beiden Genossen.

Das sind Einladungen an die Bedenkenträger im EDA, die den Austritt des Vereinigten Königreichs insgeheim ablehnen und sich von Beginn an mit der EU solidarisierten und ihre Argumentation unkritisch übernahmen, untätig zu bleiben und am InstA festzuhalten. In der Tat: Brüssel hat Druckmittel. Wenn das Vereinigte Königreich Regeln verletzt, zum Beispiel in der Union gültige Produktions- oder Umweltstandards untergräbt, kann der Block Strafzölle erheben.

Das würde für Grossbritannien jedoch noch mehr Anreize schaffen, sich vom Staatenbund abzuwenden und sich auf andere Märkte auf dem Globus zu fokussieren. Eine Strategie, die sich auszahlen könnte. Der Internationale Währungsfonds prognostiziert, dass in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren 90 Prozent des globalen Wachstums ausserhalb der EU stattfinden werden. Der Trend der britischen Ausfuhren zeigt die Richtung an: Ihr Anteil in die Union ging in den vergangenen zwanzig Jahren von rund 60 auf gegenwärtig 40 Prozent zurück.

Zentrale innenpolitische Lehre

Es liegt nun an Grossbritannien, was das Land aus den neuen Freiheiten macht. Die Politiker in Westminster können künftig nicht mehr die Schuld für ihre Misserfolge dem Staatenbund in die Schuhe schieben. Der Befreiungsschlag setzt London unter Druck. Eigenständigkeit und Souveränität haben ihren Preis.

Die zentrale innenpolitische Lehre, die aus dem Brexit-Prozess gezogen werden sollte, betrifft die bürgerlichen Parteien selber. Nichts schadete und spaltete das bürgerliche Lager in der Schweiz in den vergangenen Jahrzehnten mehr als der Streit um die Frage der europäischen Integration. Nichts machte die Linke im Land stärker als der notorische Zoff um dieses zentrale Dossier zwischen FDP und CVP auf der einen und der SVP auf der anderen Seite.

Die britischen Konservativen haben diese Frage dank Boris Johnson und dem dank von ihm durchgezogenen Brexit jetzt gelöst. Die über fünfzig Jahre dauernde Auseinandersetzung über das Verhältnis zu Europa ist mit dem Austritt für nicht absehbare Zeit beendet. Die Tories haben zudem den Ball den Linken zugespielt. Diese können sich nun darüber streiten, wie das Verhältnis von Grossbritannien zur Europäischen Union aussehen soll. Zwischen jenen, die wieder in den Staatenbund zurückkehren wollen, und jenen Marxisten und Antikapitalisten, für die die EU schon immer ein neo-liberales Projekt darstellte.

